

Eurostudie, 11. April 2013

George Soros irrt: Eurobonds würde Schuldenprobleme nicht lösen, zeigt eine Studie zu allen Euro-Ländern

Deutschland müsste mit Eurobonds in 10 Jahren 200 Mrd. mehr an Zinsen zahlen und würde 62% der Mehrkosten stemmen

Die Eurokrise ist selbst mit der Einführung von Eurobonds nicht zu bewältigen. In einer Analyse des Finanzdienstleistungsportals GELD.de (0,4 Mio. Nutzer im Monat)* gemeinsam mit BÖRSENNEWS.de (0,5 Mio. Nutzer im Monat)** wurde das nun klar belegt. Denn entgegen der Aussage des amerikanischen Finanzjongleurs George Soros, können selbst mit der Einführung eines gemeinsamen Schuldpapiers, den Eurobonds, die Krisenländer in der Eurozone ihre Haushalte nicht einmal ansatzweise konsolidieren. So liegt die aktuelle Staatsverschuldung von Griechenland bei über 300 Mrd. Euro. Doch Eurobonds brächten unter Berücksichtigung des aktuellen Emissionsvolumens von Griechenland innerhalb von zehn Jahren "lediglich" rund 84 Mrd. Euro Zinsentlastungen (Tabelle mit detaillierten Angaben zu allen Euro-Ländern im Anhang).

Eurobonds würden bedeuten: Die sieben stabilsten Euro-Länder, die derzeit einen durchschnittlichen Zinssatz von 2% beim Verkauf von Staatsanleihen für ihre Refinanzierung von Staatshaushalten bezahlen müssen, würden künftig wohl 3,65% bezahlen. Das klingt prozentual nicht viel, ist aber in absoluten Zahlen eine gigantische Umverteilung: Es wären Mehrkosten von 323 Mrd. Euro innerhalb von zehn Jahren. Zudem hieße es nichts anderes, als dass Deutschland nicht nur beim Euro-Rettungsschirm der große Zahlmeister wäre, sondern auch bei den Eurobonds. In der Berechnung wurde der Anlagehorizont 2014 bis 2024 angenommen.

Die Verliererländer bei Eurobonds:

So müssten Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich, Belgien, Finnland und Luxemburg in einem Zehnjahres-Anlagezyklus nach Berechnungen von GELD.de und BÖRSENNEWS.de insgesamt saftige 323 Mrd. Euro mehr an Zinsen an Geldgeber bezahlen, als bislang. Sage und schreibe 62%(!) müsste Deutschland von den 323 Mrd. Euro Mehrzinsen durch ein gemeinsames europäisches Schuldpapier berappen – also letztlich der deutsche Steuerzahler (Tabelle Anhang). Das entspricht umgerechnet auf zehn Jahre rund 200 Mrd. Euro. Das kleine Land Luxemburg, dessen Staatschef Jean-Claude Juncker gerne Deutschland bei Eurobonds in die Pflicht nehmen würde, müsste gerade einmal 600 Mio. Euro in 10 Jahren mehr an Zinsen für Schuldpapiere, die es verkauft, bezahlen oder im Schnitt 60 Mio. Euro pro Jahr (Anteil von 0,2 %). Frankreich wäre mit rund einem Drittel dessen dabei, was Deutschland stemmen müsste – nämlich mit 64 Mrd. Euro in zehn Jahren oder rund 6 Mrd. Euro in einem Jahr.

Kein Wunder also, dass in Frankreich sich derzeit besonders Politiker im sozialistischen Lager finden, die über die Einführung eines Eurobonds "nachdenken". Denn sie träfe die Bürde eines alle Euro-Länder gleichmachenden Eurobonds um zweidrittel weniger als Deutschland. Weitere Eurobonds-Zahlmeister wären künftig auch die Niederlande. Sie müssten 25 Mrd. Euro mehr für die Verzinsung gemeinschaftlich verkaufter Staatsanleihen in zehn Jahren bezahlen. Ebenso wäre Österreich mit 13 Mrd. Euro dabei.

Die Gewinnerländer bei Eurobonds:

Die Gewinnerländer bei der Abschaffung von nationalen Schuldpapieren, also nationalen Staatsanleihen, wären Malta, Zypern, Slowakei, Slowenien, Irland, Portugal, Spanien, Griechenland und Italien. Auf sie kämen unter Annahme der dortigen bisherigen Anleihe-Emissionen innerhalb von zehn Jahren 361 Mrd. Euro weniger an Zinsen zu. Statt des bisherigen durchschnittlichen Bonds-Zinssatzes (gewichtet) von 6,1%, wären nur noch 3,65% fällig. Das klingt prozentual ebenfalls nicht nach viel, ist es aber hochgerechnet. Der größte Gewinner von Eurobonds wäre Italien mit einer geringeren Zinslast innerhalb von zehn Jahren von 170 Mrd. Euro, gefolgt von Griechenland (84 Mrd. Euro weniger Zinszahlungen für Schuldpapiere in zehn Jahren), Spanien (55 Mrd. Euro), Portugal (37 Mrd.), Irland (11 Mrd.), Slowenien (1,5 Mrd.), die Slowakei (1,1 Mrd.), Zypern (rund 1 Mrd.) und Malta (16 Mio.).

Fazit der Studie von GELD.de und BÖRSENNEWS.de: Es ist an Demagogie nicht mehr zu überbieten, wenn Finanzjongleur George Soros so tut, als würde der Eurobonds die Probleme der Eurozone lösen und als würde Deutschland mit seiner Weigerung zu Eurobonds, hier schuldhaft einer Konsolidierung von Euro-Krisenländern im Wege stehen. Auch die Forderung nach einem Euroaustritt von Deutschland ist entsprechend unakzeptabel. Die Berechnung der angenommenen Mehrkosten und Ersparnisse beim Eurobonds wird in der Fußnote der Tabelle im Anhang erläutert.

Warum gibt es bei der Eurobonds-Kosten-Berechnung eine Differenz zwischen Mehrbelastungen durch die einen Länder und die Zinsentlastungen für die anderen Länder und keinen Nullsummenausgleich?

Das erklären Sebastian Hahn, Chefredakteur von BÖRSENNEWS.de, und Oliver Haugk, Finanzexperte:

"Wir möchten diese Frage anhand eines einfachen Beispiels erklären. Hierfür nehmen wir als Beispiel-Grundlage zwei Länder mit fiktiven mathematischen Beispielzahlen:

- Deutschland würde 2014 einen Kredit in Höhe von 100 Mrd. Euro aufnehmen und dafür bei einem Eurobond-Zinssatz von 3,65% letztlich 2,15 Prozentpunkte Zinsen mehr als bisher bezahlen, das heißt zusätzlich 2,15 Mrd. Euro.
- Gleichzeitig nimmt Spanien aber 500 Mrd. Euro zusätzlichen Kredit auf und spart 2,05 Prozentpunkte Zinsen durch den für Spanien günstigeren Eurobond-Zinssatz. Das ergibt eine Zinsersparnis von 10,25 Mrd. Euro.
- Hier würde es – wie in der Tabelle dargestellt – mehr Ersparnisse geben als Mehrkosten.
- Das Ergebnis Ersparnis = Mehrkosten würde genau dann und nur dann entstehen, wenn alle Euro-Länder ihre gesamten Schulden in Form von Eurobonds begeben und einen exakt gleichen Verschuldungsgrad in Bezug auf ihre Leistungsfähigkeit aufweisen würden. Anderenfalls unterstützen die geringer verschuldeten Länder praktisch unentgeltlich die höher verschuldeten Länder der Euro-Zone, da diese mit ihrem Vermögen auch stets für die Krisenländer mit haften."

Über GELD.de und BÖRSENNEWS.de

*GELD.de (0,4 Mio. Nutzer, AGOF Januar 2013) gehört zu den führenden Finanzplattformen in Deutschland. Hier wird die Finanzwelt übersichtlich nach Versicherungen, Baufinanzierung, Geldanlagen, Krediten und Steuern sortiert. Börsennews.de gehört zu den führenden europäischen Informationsplattformen rund um Finanzanlagen und die Börse.

**BÖRSENNEWS.de (0,5 Mio. Nutzer, AGOF Januar 2013) ist das Börsenportal der Unister GmbH, die 2002 gegründet wurde und heute als expandierendes Unternehmen rund 1.900 Mitarbeiter beschäftigt. Unister hat seinen Firmensitz in Leipzig mit Niederlassungen in Berlin, Hamburg, Dresden, Chemnitz, München, Jena oder Magdeburg.